

Messe: enorme Beteiligung war der Schlüssel zum Erfolg



Mit 66.066 Ja-Stimmen gegen 65.104 Nein-Stimmen wurde am 19. Januar der Bürgerentscheid gegen die Messe-Er-

tüchtigung gewonnen. Die Menschen haben sich für ein soziales Essen entschieden und gegen eine immer ungehemmtere Wirtschaftspolitik.

123 Millionen Euro sollten für einen Teilneubau der Essener Messe ausgegeben werden.

Knapp an der Insolvenz vorbei

Das Problem war aber nicht nur die Höhe der geplanten Investition. Die Messe Essen GmbH fährt nur Verluste ein. Es konnte nicht nachgewiesen werden, dass diese Investition daran etwas ändern würde. Im Gegenteil: für die nächsten Jahre ist bereits in den Haushalt der Stadt ein jährlicher Verlustausgleich in Höhe von 13,5 Mio. eingestellt. Laut Haushaltssanierungsplan wird das bis mind. 2021 so bleiben. Eine Insolvenz im Jahr 2012 konnte nur mit einer außerplanmäßigen Kapital-

zufuhr durch die Stadt verhindert werden.

Die Stadt tätigt also Investitionen in eine faktisch insolvente GmbH, deren Eigentümerin sie ist, während der Rest der Stadt wegen der Haushaltssperre jeden Cent umdrehen muss.

Wem nützt was?

Mit viel Geld zog die Essener Wirtschaft in den Wahlkampf. Das machte deutlich, wem diese Investition nützt.

Die Bürger wurden überheblich für dumm erklärt. Das Thema sei viel zu komplex für sie. Die DKP Essen gratuliert allen Bürgerinnen und Bürgern Essens zu diesem Erfolg. Sie haben der Stadt ein weiteres Millionen-Loch erspart. „Der Bürgerentscheid ist eine Ohrfeige für die Vertreter von Kungelei und Mauschelei mit dem großen Kapital“, so Patrik Köbele in einer ersten Stellungnahme.

Sie fliehen, weil mächtige Konzerne ihre Länder ausbeuten

Die Kriege in Afghanistan, Irak, Syrien, Afrika, Umweltkatastrophen treiben Millionen Menschen zur Flucht. Die meisten schlagen sich durch bis an die Grenzen der Nachbarländer, überleben in Zeltstädten, sind Kälte, Hitze und Hunger ausgesetzt. Nur wenige erreichen Europa, riskieren dabei ihr Leben. Das Mittelmeer wird zum Massengruft Europas. Die Verschärfung des Asylgesetzes von 1993 hat die Grenzen zu Deutschland nahezu dicht gemacht.

Debatte um Standorte läuft schief

Seit der Verpflichtung der Bundesrepublik, ein kleines Kontingent von Flüchtlingen aus Syrien aufzunehmen und seit der Bewegungsfreiheit innerhalb Europas, hat sich die Zahl der Flüchtlinge auch in unserer Stadt erhöht. Es gibt eine unsägliche Debatte um Standorte der Flüchtlingsunterkünfte. „Nicht vor unserer Tür“, heißt es immer wieder. NPD und ProNRW heizen die Stimmung gegen Asylsuchende an.

Dauerhaftes Bleiberecht

Viele Essener Bürgerinnen und Bürger haben nicht zugelassen, dass Rassisten ihre Parolen ungestört verbreiten konnten. Das antifaschistische Bündnis 'essen stellt sich quer' ruft immer wieder zum Protest gegen Rassismus, Nationalismus und Faschismus auf, die DKP ist immer dabei. Wir fordern, wie auch ProAsyl, dass ankommende Flüchtlinge so bald wie möglich in Wohnungen untergebracht werden, sicher kein Problem bei dem hohen Wohnungsleerstand in Essen. Es ist uns unverständlich, dass die Stadt Essen eine hohe Anzahl von Containern plant, um die Flüchtlinge in Massenquartieren zu kasernieren.

Wir fordern eine intensive Begleitung und Betreuung der Flüchtlinge und besondere Sprachförderung für ihre Kinder. Menschen, die bleiben wollen, müssen Perspektiven dafür erhalten. Das gilt insbesondere für Sinti und Roma, die in ihren Herkunftsländern massiv diskriminiert

werden. Unser Land trägt eine besondere Verantwortung. Über 500.000 Sinti und Roma aus ganz Europa wurden in den faschistischen Vernichtungslagern umgebracht

Es gibt keine humanitären Kriege

Die Hetze gegen Asylsuchende in Deutschland lenkt davon ab, dass die Bundesregierung mit ihren militärischen Auslandseinsätzen, mit ihren Waffenexporten in Krisengebiete, eine erhebliche Mitverantwortung für die Flucht vieler Menschen trägt. Niemand verlässt freiwillig seine Heimat! Die Gründe für die Einsätze sind angeblich Humanitäre. Die wahren Gründe sind der ungehinderte Zugriff auf Rohstoffe, auf „freie“ Märkte, auf größere Einflussphären des Kapitals. Deshalb heißt unsere Forderung: Schluss mit den Militäreinsätzen. Die Parole 'Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!' ist so aktuell wie eh.

Hartz IV-Bescheide prüfen!



Seit Januar 2014 gelten in Essen höhere Mietobergrenzen für ALG II. Neun Cent je Quadratmeter mehr sind es. Wir haben festgestellt, dass die Stadt die Leistungsbescheide nicht selbstständig erneuert.

Das betrifft vor allem jene Haushalte, die mir ihrer Miete leicht über der zulässigen Mietobergrenze lagen, aber nur die Kosten bis zur Höhe dieser Grenze vom Jobcenter erstattet bekommen haben.

Beispiel: Wenn Sie mit 1 Person die Wohnung bewohnen, waren es bisher 230,50 € Grundmiete, jetzt stehen Ihnen 235 € Grundmiete zur Verfügung. Auch wer gerade eine neue Wohnung sucht, für den sind die neuen Werte wichtig. (2 Personen: 305,50 €, 3 Personen: 376,00 €, 4 Personen: 446,50 €, 5 Personen: 517,00 €)

Würde die Stadt Essen sich nicht ständig gegen gültige Rechtsprechung zur Wehr setzen, hätte Essen sogar eine noch höhere Mietobergrenze.: im letzten Urteil des Landessozialgerichtes vom 28.11.2013 wurde der Stadt bescheinigt, dass sie diese Grenze immer noch falsch berechnet – zu Ungunsten der Leistungsbezieher. Obwohl keine Revision zugelassen wurde, hat die Stadt Nichtzulassungsbeschwerde eingelegt. Sie zögert das Verfahren raus. Deshalb müssen wir politischen Druck ausüben.

Paß und EBE – stinkender Filz

Es ist traurig, dass vor allem Sozialdemokraten in den Filzskandal bei den Entsorgungsbetrieben verstrickt sind. 200.000 € Beraterhonorar pro Jahr sind sicherlich weniger als Uli Hoeness (CSU) durch Steuerhinterziehung gespart hat, aber trotzdem das Vielfache von dem, mit dem man Hartz IV Bezieher darben lässt. Und auch dabei

sollte man nicht vergessen: die Hartz-Gesetze wurden von SPD-Grün eingeführt.

Doch nicht nur die unangemessene Bereicherung stößt bitter auf, sondern auch der Verrat der Sozialdemokraten an ihrer Herkunft. Aber so ist das, wenn man mit dem Kapitalismus seinen Frieden macht.

Immer auf die Kleinen

Durch die Kürzungen bei Grün & Gruga will die Stadt jeden 10. Spielplatz abbauen – eine Stadt, die sich selbst den Titel „Essen – Großstadt für Kinder“ gegeben hat! Es ist eine Farce, den Bevölkerungsrückgang als Grund für den Abbau zu nennen. Kaputtgespart wurden sie. Erlebt: Bürgerpark Altenessen, Samstag, 16.02.2014, 12:00 Uhr. Es ist warm, meine Kinder wollen raus. Der Park scheint zu, nicht einfach, das offene Türchen zu finden. Wir sind in dem riesigen Park ganz alleine. Dann die große Enttäuschung, am Kletterschiff ist noch nicht mal mehr ein Steuerrad dran, das Wackelboot ist abgebaut. Der Leuchtturm schon lange zu. Damals, als das Kuhlhoffbad zugemacht wurde, gab es große Versprechungen zum Spielplatz. Wieder nicht eingehalten.

Diätenerhöhung ist unverschämt

Das Einkommen der Bundestagsabgeordneten liegt ohnehin schon meilenweit über dem Durchschnittseinkommen des Normalbürgers. Noch viel weiter entfernt ist es von jenen, die ihren Lebensunterhalt von staatlichen Leistungen fristen müssen. Kaum ist die große Koalition (GroKo) zusammengezimmert, genehmigt man sich erst mal eine Diätenerhöhung. Das ist ein schlechter Witz. Wer anderen ständig erzählt, es sei kein Geld da, der darf sich nicht als erste Amtshandlung selber ein

ordentliches Stück vom Kuchen abschneiden. Es verdeutlicht, wie weit weg die Abgeordneten von den täglichen Problemen der Menschen sind. Die auch daraus resultierende Politikverdrossenheit müssen wir aber unbedingt ändern in Protest. Die DKP würde den größeren Teil dieser Bezüge spenden, z.B. für soziale Projekte. Nicht wählen bringt also nichts, weil dies den „Großen“ Parteien nutzen würde. Nur wer seine Stimme einsetzt, kann den etablierten Parteien einen Denkkzettel verpassen.



Eissporthalle nicht aufgeben

Die Eissporthalle am Westbahnhof hat finanzielle Schwierigkeiten. Sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben sind der Grund. Aus unserer Sicht wäre die Stadt Essen gut beraten, dieses Angebot in einer Großstadt wie Essen sicherzustellen. Denn die Halle wird nicht nur genutzt von den

ESC Moskitos, sondern auch von unzähligen Schulen. Die Kinder machen auf dem Eis viele wichtige Erfahrungen, die ihnen ohne diese Halle verwehrt würden. Die Eislaufbahn auf Zollverein und „Essen on Ice“ können das vom Umfang her allein nicht anbieten.

Siw Mammitzsch tritt für die DKP zur EU-Wahl an. Sie engagiert sich besonders für die Jugend und für Mieter.

rotlicht: Warum tritt die DKP zur Europawahl an?

Siw Mammitzsch: Wir brauchen eine fortschrittliche Kraft, die sagt: „Nein zu dieser EU“ und wir wollen unseren Beitrag leisten, um die Wahl von rassistischen, nationalistischen oder faschistischen Parteien zu verhindern.

rotlicht: Reicht nicht eine „bessere EU“, wie die Partei Die Linke sie fordert?

Siw Mammitzsch: Nein, denn alleine durch kritische Abgeordnete im Europaparlament werden wir den Charakter dieser EU nicht ändern. Ihr Zweck ist die Verbesserung der Ausbeutung der arbeitenden Menschen, überall. Sie dient auch der Militarisierung, aber kein einziger Militäreinsatz bringt Frieden oder sichert Menschenrechte.

rotlicht: Welche persönlichen Beweggründe hast Du für diese Kandidatur?

Siw Mammitzsch: Mein Wahlantritt ist

vor allem mit der Mietenfrage verbunden. Seit einiger Zeit finden in fast allen europäischen Großstädten viele Proteste statt, die sich gegen massiv steigende Mieten, gegen Zwangsräumungen und gegen die Spekulation mit Häusern richten. Auch bei uns. Die Sparpolitik der Europäischen Union ist eine Ursache für die Wohnungskrise in vielen europäischen Ländern. Menschen werden zu Tausenden auf die Straße gesetzt.

Mein Wahlantritt ist vor allem mit der Mietenfrage verbunden. Seit einiger Zeit finden in fast allen europäischen Großstädten viele Proteste statt, die sich gegen massiv steigende Mieten, gegen Zwangsräumungen und gegen die Spekulation mit Häusern richten. Auch bei uns. Die Sparpolitik der Europäischen Union ist eine Ursache für die Wohnungskrise in vielen europäischen Ländern. Menschen werden zu Tausenden auf die Straße gesetzt.

14 Tolle Tage im Harz erleben

Wie in den vergangenen zwei Jahren führt der Verein zur Förderung von Kinderferienfahrten und Jugendfreizeiten e.V. mit Unterstützung der DKP die Kinderferienfahrt 2014 wieder in Osterode im Harz durch.

Am Rande des Nationalpark Harz werden vom 27. Juni. – 09. August die Zelte aufgeschlagen.

Anmeldungen sind auch über die DKP Essen möglich.



Die Bärendelle lebt!

Die Anneliese Brost-Stiftung hat eine Nutzung der Bärendelle abgesagt. Eine Sanierung des leerstehenden ehemaligen Schulgebäudes wäre zu teuer und nicht wirtschaftlich. Ist das die Beerdigung der Bärendelle? Wir sagen: nein, ist es nicht. Denn eine wirtschaftliche Nutzung des Gebäudes hätte keine positiven Auswirkungen. Der Charakter der Siedlung ginge verloren und gewiss auch der kleine Park vor dem Gebäude. Der grüne Flecken mit Spiel- und Bolzplatz ist ein schöner Treffpunkt im Quartier, der rege genutzt wird.

Die Stadt soll das Gebäude behalten, angemessen sanieren und Sozialarbeiter und Hausmeister stellen. „Es sei doch kein Geld da“, heißt es dann überall. Für viele andere Projekte gilt das jedoch nicht. Ein soziokulturelles Zentrum kann die Stadt sich nicht leisten? Kann sie sich denn

Kinderarmut, Jugendkriminalität und das Aus für jegliche soziale Infrastruktur leisten? Nur wenn wir das zulassen! Deshalb ist die Bürgerinitiative Bärendelle weiter aktiv für ein soziokulturelles Zentrum im Gebäude.

Und das in Zeiten einer Haushalts-sperre? Seit Jahren wird die Unterstützung sozialer Einrichtungen in Essen zurückgefahren. Sportvereine, Jugendeinrichtungen erhalten immer weniger Geld. Es gibt kaum noch Schwimmbäder, das Jugendzentrum Papestraße wurde geschlossen, die Weststadthalle ist kein Ersatz. Nur wer es sich leisten kann, ist in der Lage, in Essen Sport und Freizeit zu genießen. Hier muss es doch mal eine Kehrtwende geben! Mit der Unterstützung der Bürgerinitiative Bärendelle und ihren Forderungen kann jede und jeder etwas dafür tun.

Forderungen der DKP in ihrem Kommunalwahlprogramm 2014:

- Finanzielle Absicherung und Ausbau der Arbeitsplätze in der Kinder- und Jugendarbeit.
- Sanierung und Wiedereröffnung von Sporthallen und -plätzen. Wiedereröffnung eines zentralen Jugendzentrums, das den Namen verdient.
- Erhalt und Ausbau von Freiflächen, Plätzen und Parks mit Bolz- und Basketballplätzen sowie Skaterbahnen.
- Die Mitgliedschaft von Kindern und Jugendlichen in Sportvereinen und Kultureinrichtungen muss gefördert werden.
- Schaffung eines soziokulturellen Zentrums in der Bärendelle entsprechend den Forderungen der Bürgerinitiative.
- Wiedereinrichtung eines solchen Zentrums in der Zeche Carl.

UZ-Pressesfest ★ DKP-Volkfest

27.-29. Juni 2014 ★ Dortmund ★ Revierpark Wischlingen



Kauft den Button zur Finanzierung des Festes 5,- Euro

★ Konstantin Wecker

★ Esther Bejarano & Microphone Mafia

Samstag abend auf der Hauptbühne

www.uz-pressefest.de



DKP tritt zur Kommunalwahl 2014 an

Siw Mammitzsch: „Mit den Kandidatinnen und Kandidaten auf der Ratsliste haben wir ein tolles Team. Wir können hier auf Erfahrungen aus betrieblicher und gewerkschaftlicher Arbeit, antifaschistischen Aktivitäten, Jugendpolitik, kommunaler Interessenvertretung, MieterInnenvertretung und aus vielen anderen Bereichen zurückgreifen.“ Ein Mitglied der Bürgerliste Nord, Siegfried Meyer, kandidiert ebenfalls auf der Ratsliste. „Wir kandidieren, weil im Rat eine konsequente Kraft fehlt, die schonungslos Filz und Kungeleien aufdeckt. Wir werden keinem

Beschluss zustimmen, der Kürzungen im Sozialbereich, bei der Bildung und im Bereich Kinder und Jugend beinhaltet.“ Neben der Ratskandidatur kandidiert die DKP für die Bezirksvertretungen III und VII. Zugunsten der Bürgerliste Nord verzichtet die DKP auf eine Kandidatur in den Bezirken V und VI.

„Da wir in der laufenden Periode nicht im Rat vertreten sind, benötigen wir Unterschriften, um kandidieren zu können. Das ist die erste zu nehmende Hürde“, so Siw Mammitzsch. „Wir sind aber guter Dinge, diese zu meistern“.



Patrik Köbele, 52 Jahre, davon 25 Jahre in Essen, verheiratet, 2 Kinder, angestellter IT-Berater.

Für was ich stehe:

- Die herrschende Politik in Essen ist unsozial und auf den Nutzen der Konzerne und Banken gerichtet. Ich will mithelfen die Stimme der Opposition dagegen in den Rat zu tragen.
- Die herrschende Politik in Essen ist verfilzt und intransparent. Ich will mithelfen die Dinge ans Tageslicht zu bringen.
- Eine andere Politik braucht Bewegung, im Rat, aber vor allem auch in der Stadt. Ich war, bin und werde dabei sein, wenn es um Bewegung für den Erhalt des Breitensports, für den Erhalt der Bibliotheken, gegen die Privatisierung sozialer Einrichtungen geht.

Meine Empfehlung für die Kommunalwahlen:

Geben Sie nicht Ihre Stimme ab, die brauchen Sie noch. Aber wählen Sie konsequent sozial, wählen Sie die DKP. Links, aber richtig.

Unbestechlich, konsequent – DKP ins Parlament.



Siw Mammitzsch, 36 Jahre, davon 18 Jahre in Essen, verheiratet, 2 Kinder, Geschäftsführerin in einem Mieterverein.

Für was ich stehe:

- Was mich zornig macht, ist die Überheblichkeit der Ämter gegenüber Menschen, die die Stadt als „Bittsteller“ wahrzunehmen scheint. Ich möchte jenen Menschen eine Stimme geben, die glauben dass sie von der Politik nichts zu erwarten haben.
- Die Jugend in Essen hat kaum eigene Gestaltungsmöglichkeiten. Ich will mit Ihnen gemeinsam Ihre Forderungen laut auf eine Bühne bringen.
- Unser Kiez, unser Viertel, unsere Stadt. Wohnen ist ein Menschenrecht, auch in Essen. Ich werde überall dorthin kommen, wo dieses Recht verwehrt wird. Vertreibungen durch Modernisierungen, marode Buden und Zwangsräumungen werde ich öffentlich anprangern und den Betroffenen helfen, sich zu wehren.

Unbestechlich, konsequent – DKP ins Parlament.



Karin Schnittker, 72 Jahre alt, in Essen geboren, verheiratet, 2 Kinder

Für was ich stehe:

- Die herrschende Politik empfinde ich als undemokratisch. Ich will mich dafür einsetzen, dass die Einwohner alle wesentliche Belange mitgestalten und über sie entscheiden können.
- Ich will eine soziale Stadt schaffen, in der kein Kind Gewalt erlebt und hungert. Alle erhalten die bestmögliche Bildung und kostenlose Lehr- und Lernmittel. Sport und Kultur stehen ihnen frei zur Verfügung.
- Unsere Stadt ist reich an Menschen mit unterschiedlichen Kulturen. Diese will ich schützen, damit sie sich gegenseitig ergänzen und bereichern können.
- Alle Menschen brauchen Arbeit mit einem gerechten Lohn. Die Stadt als Arbeitgeber muss hierfür Vorreiter sein.

Rot wählen für eine lebenswerte Stadt
DKP wählen!



Peter Köster, 58 Jahre, verheiratet, eine Tochter, Speditionskaufmann.

Seit 2002 Betriebsrat. Bezirksvorsitzender der IG Bauen Agrar Umwelt für Mülheim-Essen-Oberhausen. 45 Jahre politisch aktiv in Essen. Sprecher des Beirates Bürgerhaus Oststadt. Mitglied in Kultur- und Sportvereinen im Stadtbezirk VII.

- Soziales Leben in der Stadt – mit Grün, Kultur und Sport. Zugänglich für Alle.
- Den Menschen nichts VORMachen. MIT den Bürgern machen. Bürger beteiligen!
- Demokratie leben ist nicht einfach. Aber

es soll keiner ausgeschlossen sein. Im Betrieb, im Viertel. In der Stadt.

- Unsere Stadtviertel müssen die Schlagadern der Stadt bleiben. Vernachlässigung, Ausbluten der Stadtviertel zu Gunsten weniger Konsumtempel und unsinnig teuren Leuchtturmprojekten nicht weiter zulassen.

Dafür habe ich mich politisch bisher eingesetzt. Zukunft – Bürgerbeteiligung – Verlässlichkeit. Darum: DKP wieder in den Rat!